

Druck

Fachverband Druck zur Gewerkschafts-Ankündigung von Kampfmaßnahmen: "Keine weiteren Sondierungsgespräche unter Drohungen"

Gewerkschaft kündigt Kampfmaßnahmen trotz konstruktiver Vorgespräche an

Keinerlei Verständnis herrscht beim Fachverband Druck für den von der Gewerkschaft beschlossenen ‚strategischen Arbeitskonflikt‘: „Diese Ankündigung just zu einem Zeitpunkt, zu dem in den Vorgesprächen – zuletzt am 20. März - eine durchaus konstruktive Entwicklung zu verzeichnen war, ist eine sinnlose Provokation und ein offenbar bewusstes Störmanöver“, hält Fachverbands-Geschäftsführer Mag. Karl Herzberger fest. „Den Interessen der rund 8.800 Beschäftigten in der Branche schadet diese Vorgangsweise nachhaltig.“ Nicht zuletzt mit der vor wenigen Tagen erfolgten Empfehlung des Fachverbands Druck zur Anpassung der Löhne und Gehälter per 1. April 2018 in Höhe von 2,5 %, die über die Fachgruppen in den Bundesländern an alle Mitgliedsbetriebe erging, habe der Fachverband deutliche Signale für sein Bestreben, eine branchenweite gemeinsame Lösung zu finden, gesetzt. „Auch nach Erlöschen des alten Kollektivvertrags pflegen die Betriebe weiterhin sehr dienstnehmerfreundliche Bedingungen. Die Probleme des untergegangenen Kollektivvertrags lagen in dessen Praxisferne und Detailverliebtheit.“ Herzberger verweist in diesem Zusammenhang auf die Situation in Deutschland: Dort hat der Arbeitgeberverband soeben den (für die Unternehmen freiwilligen) Kollektivvertrag gekündigt – dies sei „ein notwendiger Schritt zur Modernisierung des Tarifwerks und dessen Anpassung an die Branchenrealität“. Herzberger: „Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland – ein seit Jahren zentrales Anliegen der heimischen Betriebe - wird dadurch umso dringlicher!“

Seine Haltung hat der Fachverband der Gewerkschaft von Anfang an – zuletzt in dem Gespräch am 20. 3. – klar dargelegt: Sollten Kampfmaßnahmen angedroht oder gesetzt werden, sei der FV aufgrund der geltenden Beschlusslage, die auf einer österreichweiten Mitglieder-Befragung basiert, gezwungen, die Sondierungsgespräche umgehend abubrechen.

Stand: 29.03.2018